

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Gemeinderatsfraktion Offenburg**Ingo Eisenbeiß**

Hildastr. 20

77654 Offenburg

Tel: 0781-20 55 23 23

Fax: 0781-20 55 04 50

ingo.eisenbeiss@kanzlei-eisenbeiss.de

Ingo Eisenbeiß, Hildastr. 20, 77654 Offenburg

Herrn

Oberbürgermeister Marco Steffens

Hauptstraße 80

77652 Offenburg

vorab per FAX 0781 / 82-7516

24.01.2020

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen ICAN-Appell zum Verbot von Atomwaffen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen der gesamten Fraktion Bündnis90/Die Grünen- **beantrage** ich, der Gemeinderat möge spätestens in der Sitzung am 23. März 2020 beschließen:

Die Stadt Offenburg unterstützt den sog. ICAN-Städteappell. Mit diesem Appell fordern Städte auf allen Kontinenten ihre Regierungen auf, dem UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen (2017) beizutreten. Der Appell wird in Deutschland von mehr als 70 Städten unterstützt und hat folgenden Wortlaut:

„Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Die Unterstützung des ICAN-Appells entspricht der 1984 begründeten Mitgliedschaft Offenburgs in der internationalen Städte-Organisation Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden), die sich der Friedensarbeit, insbesondere der atomaren Abrüstung, verschrieben hat.

Begründung:

2020 jährt sich zum 75. Mal der Einsatz von Atombomben gegen die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki.

Ingo Eisenbeiß - Fraktionsvorsitzender

Stefan Böhm

Simone Brudy

Norbert Großklaus

Karin Jacobsen

Martin Ockenfuß

Aydin Özügenc

Paul Sachs

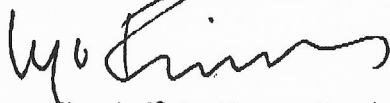
Maren Seifert (Stv.)

Andrea Thomann

Luca Witt

Die gegenwärtige politische, militärstrategische und waffentechnische Entwicklung weltweit zeigt, dass die Gefahr eines neuerlichen Einsatzes von Nuklearwaffen nicht gebannt ist. **Städte sollten sich dem ICAN-Appell anschließen, weil sie** im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs sind. Deshalb sollten sie sich in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Wenn Städte weltweit ihre Regierungen - und deutsche Kommunen die Bundesregierung - dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die Bürger*innen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher. Deshalb ist es wichtig, dass Offenburg sich gemeinsam mit einer wachsenden Zahl von Kommunen zu Wort meldet.

Mit freundlichen Grüßen



Ingo Eisenbeiß (Fraktionsvorsitzender Bündnis90/Die Grünen)